

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Bärthlein

Armee-Offensive gegen die Taliban

Die pakistanische Armee hat nach dem Ende des Fastenmonats Ramadan Mitte Oktober ihre lange erwartete Bodenoffensive gegen die Taliban und ihre Verbündeten in Südwaziristan begonnen. Schätzungsweise 30 000 Soldaten sind gegen rund 20 000 militante Islamisten im Einsatz. Bis zu 100 000 Zivilisten sind aus dem Kampf-Gebiet geflohen. Die Offensive mit dem poetischen Namen *Rah-e-Nijat* ("Weg zur Erlösung") brachte relativ schnell territoriale Gewinne; so konnte die Armee nach anfänglich heftigem Widerstand der Taliban bis Mitte November die wichtigsten Orte in Südwaziristan, darunter auch Taliban-Hochburgen wie Kotkai und Sararogha, einnehmen. Bereits seit Juni hatte das Militär nach der Rückeroberung des Swat-Tals begonnen, die Operation in Südwaziristan vorzubereiten, insbesondere mit Luftschlägen. Der pakistanische Taliban-Chef Baitullah Mehsud wurde im August durch einen US-Drohnen-Angriff getötet, worauf die Taliban-Bewegung Hakimullah Mehsud zu seinem Nachfolger wählte. Auch ein wichtiger Anführer der auf mehrere tausend geschätzten usbekischen Kämpfer in Waziristan, Tahir Yuldaschow, fiel Berichten zufolge Ende August einem solchen Drohnen-Angriff zum Opfer. Die Taliban und ausländische Al-Qaida-Kämpfer hatten sich seit Jahren in Waziristan an der afghanischen Grenze festsetzen können, begünstigt durch mehrere "Friedensabkommen" mit Pakistan. Auch nach den schnellen Erfolgen der Streitkräfte bezweifeln viele Beobachter, dass die Militanten nachhaltig geschwächt worden sind. Angesichts offenbar geringer Opferzahlen mutmaßen sie, dass sich die Taliban nur in benachbarte Regionen zurückgezogen haben. Fraglich ist auch, inwieweit es die Armee und der pakistanische Staat insgesamt schaffen werden, durch Wiederaufbau, wirtschaftliche Entwicklungen und die Schaffung funktionierender ziviler Institutionen in den Stammesgebieten zukünftiger Rekrutierung durch die Taliban vorzubeugen. Die Militanten reagierten auf die Offensive mit einer beispiellosen, landesweiten Terrorwelle von Peshawar bis Lahore (siehe dazu auch den Artikel von Christian Lorenz in dieser Ausgabe).

Blackwater in Pakistan?

Pakistanische Medienberichte, wonach die private US-amerikanische Sicherheitsfirma Xe, besser bekannt

unter ihrem alten Namen *Blackwater*, heimlich in Pakistan tätig ist, sind durch einen investigativen Artikel des *Blackwater*-Experten Jeremy Scahill in der linken US-Zeitschrift *The Nation* zum Teil bestätigt worden. *Blackwater*, durch kontroverse Aktionen seiner Söldner vor allem im Irak höchst umstritten, hat die Berichte stets dementiert. Scahill schreibt, dass *Blackwater*-Mitarbeiter zwar nicht selbst Jagd auf Al-Qaida-Terroristen in Pakistan machten, aber beratend tätig seien und pakistanischen sowie US-Sicherheitskräften Informationen für Anti-Terror-Operationen wie Drohnenangriffe zur Verfügung stellten. Manche von ihnen arbeiteten unter dem Deckmantel humanitärer Organisationen in Pakistan. Die Aktivitäten von *Blackwater* und US-Anti-Terror-Spezialeinheiten unterstehen nur bedingt der Kontrolle US-amerikanischer Parlamentarier, von pakistanischen ganz zu schweigen.

www.thenation.com/doc/20091207/scahill

Druck auf Zardari wächst

Innenpolitisch ist die Position von Präsident Zardari schwächer geworden. Eine schwere Niederlage für ihn war es, dass eine umstrittene Amnestie-Verordnung, die von seinem Vorgänger Musharraf erlassene *National Reconciliation Ordinance* (NRO), nicht vom Parlament bestätigt wurde. Das Oberste Gericht hatte Zardari eine Frist bis zum 28. November gesetzt, um für die juristisch angefochtene NRO eine Mehrheit im Parlament zu finden, doch auch aus dem Lager seiner engsten Verbündeten gab es Widerstände. Die NRO war 2007 Teil eines Deals zwischen Musharraf und der später ermordeten Benazir Bhutto gewesen, um Benazirs Rückkehr nach Pakistan und eine anvisierte Teilung der Macht mit Musharraf anzubahnen. Die NRO bot Bhuttos Witwer Zardari, gegen den zahlreiche Korruptionsverfahren liefen, sowie tausenden anderen Politikern und Bürokraten Schutz vor strafrechtlicher Verfolgung. Nach ihrem Auslaufen ist er zwar weiterhin durch die Immunität des Präsidentenamtes vor strafrechtlicher Verfolgung geschützt, doch politisch derart angeschlagen, dass bereits offen über vorgezogene Neuwahlen spekuliert wird. Jetzt wird offenbar, dass Zardari seine Machtposition möglicherweise überschätzt hat. Nach dem Sieg seiner Partei, der *Pakistan People's Party* (PPP) bei den Parlamentswahlen mit einem Mitleids-Bonus nach Benazir Bhuttos Ermordung hatte Zardari gegen große Widerstände darauf bestanden, selbst Präsident zu werden. Ihm fehlt aber

sowohl die Popularität bei den Wählern als auch das Vertrauen anderer wichtiger demokratischer Politiker wie Nawaz Sharif. Zudem sind in den letzten Wochen auch Reibungen mit der Armee offenkundig geworden: So protestierte sie mit einer massiven Kampagne gegen das so genannte "Kerry-Lugar-Gesetz", in dem die USA ihre Entwicklungshilfe für Pakistan an eine Beschränkung des Einflusses der Armee in der Politik knüpften. Die wütenden Tiraden in den pakistanischen Medien gegen "Kerry-Lugar" zeigten erneut, wie einflussreich das Militär hinter den Kulissen weiterhin ist. Die Generäle, deren Bedeutung durch die Militäroperationen gegen die Taliban ohnehin gestiegen ist, signalisierten den zivilen Politikern eindeutig, dass sie nach wie vor nicht gewillt sind, sich aus der Politik herauszuhalten. Zardari ist offenkundig bemüht, sich selbst aus der Schusslinie zu ziehen. So bekundete er seine Bereitschaft, Verfassungsänderungen zurückzunehmen, durch die die Macht des Präsidenten gestärkt wurde. Ende November übergab Zardari sogar die Kontrolle über Pakistans Nuklearwaffen-Arsenal an Premierminister Gilani, was viele Kommentatoren geradezu als Verzweiflungstat abtaten.

Islamabad schnürt Paket für Belutschistan

Die pakistanische Regierung hat der "entfremdeten" Bevölkerung von Belutschistan erneut ein Versöhnungsangebot unterbreitet. Premierminister Yusuf Raza Gilani legte am 24. November im Parlament ein "Paket" vor, mit dem die wirtschaftliche Entwicklung und Autonomierechte in der flächenmäßig größten Provinz gestärkt werden sollen, um den dort seit Jahrzehnten immer wieder aufflammenden Separatismus-Tendenzen den Boden zu entziehen. Die Regierung bot allen separatistischen Führern Gespräche an und versprach, sich um die Rückkehr Hunderter Vermisster zu kümmern, die mutmaßlich vom Militär und den Geheimdiensten im Zuge der Aufstandsbekämpfung verschleppt wurden. Erste Freilassungen folgten bereits. Während viele Kommentatoren in den pakistanischen Medien das Paket als wichtigen Schritt würdigten, lehnten die meisten Separatisten-Führer es als "Peanuts" und "Augenwischerei" ab. Pikanterweise bekam das Paket den Namen *Aghaaz-e-Huqooq-e-Balochistan*, das bedeutet "Beginn der Rechte für Belutschistan". (Siehe zur Situation in Belutschistan auch die Reportage von Qurratulain Zaman in dieser Ausgabe.)

Wahlen in Gilgit-Baltistan

Pakistan hat den bislang unter dem Namen *Northern Areas* bekannten früheren Teilen Kaschmirs un-

ter dem neuen Namen "Gilgit-Baltistan" im August neue Autonomierechte zugestanden. In der bislang weitgehend von Islamabad aus verwalteten Region entlang des *Karakorum Highway* fanden daraufhin am 12. November Wahlen zu einem Regionalparlament (*legislative assembly*) statt. Die hohe Wahlbeteiligung zeigte die Popularität dieser Neuregelung. Gilgit-Baltistan hat rund eine Million Einwohner. Jahrzehntlang hatte Pakistan ihnen demokratische Rechte als Pakistaner vorenthalten. Hintergrund war die Überlegung, dass diese Gebiete als Teil des ehemaligen, umstrittenen Fürstenstaats Jammu und Kaschmir im Falle eines Referendums über dessen Zugehörigkeit zu Indien und Pakistan (wie es die UN und Pakistan forderten, während Indien blockierte) mit abstimmen würden und die muslimische Bevölkerung dort voraussichtlich für Pakistan stimmen würde. Gilgit und Baltistan sollten daher nicht in Pakistan integriert werden, wie es weite Teile der örtlichen Bevölkerung immer noch anstreben, die ihre Region gerne als eine "normale" Provinz in Pakistan sähen. Dementsprechend sind sie mit der aktuellen Neuregelung, die eine Kompromisslösung darstellt, nur bedingt zufrieden. Kaschmirische Aktivisten wiederum protestierten, weil sie in dem neuen Statut für Gilgit-Baltistan eine Schwächung der pakistanischen Position gegenüber Indien sehen. Und Indien sah sich in der bizarren Lage, aufgrund seines theoretischen Anspruchs auf ganz Kaschmir "aus Prinzip" gegen die Neuerung protestieren zu müssen, während man insgeheim in Neu-Delhi eher erleichtert über den neuen Pragmatismus in Islamabad sein dürfte.

Kontroverse Attacke auf US-Journalisten

Ein Artikel in der pakistanischen Tageszeitung *The Nation* hat zu empörenden Protesten internationaler Medien und Journalistenverbände geführt. In dem Anfang November erschienenen Bericht war unter Berufung auf anonyme Sicherheits-Kreise in Pakistan von angeblichen Spionage-Aktivitäten ausländischer Journalisten in Pakistans Stammesgebieten die Rede. Namentlich wurde Matthew Rosenberg, ein Reporter des *Wall Street Journal* mit Sitz in Indien, erwähnt, der – so *The Nation* – verdächtigt werde, für die CIA, Israels Mossad und *Blackwater* zu arbeiten. Die Kritiker verwiesen darauf, dass ähnliche Anschuldigungen 2002 gegen den von islamistischen Militanten entführten und später geköpften *Wall Street Journal*-Reporter Daniel Pearl erhoben worden waren. Rosenbergs Sicherheit werde durch diese Attacken gefährdet.